

IfW-Box 2011.23

Wie hoch sind die direkten Belastungen der öffentlichen Haushalte durch die europäische Schuldenkrise?

Jens Boysen-Hogrefe

Am Ende des Jahres 2011 betragen die Belastungen für den Bruttoschuldenstand aus den Rettungsmaßnahmen rund 25 Mrd. Euro. Mit 16,2 Mrd. Euro schlägt das erste Rettungspaket für Griechenland zu Buche. Die Mittel für Portugal und Irland, die über Bürgschaften für den EFSF in den Bruttoschuldenstand eingehen, summieren sich auf rund 8 Mrd. Euro. Defizitwirksam ist bislang noch keine der Rettungsmaßnahmen geworden. Allerdings mussten die „Bad Banks“ und andere zum öffentlichen Sektor zählende Finanzinstitute bereits Abschreibungen wegen der im Sommer vereinbarten Umschuldungen hinnehmen. Die FMS-Wertmanagement, die insgesamt noch Forderungen von über 8 Mrd. Euro an den griechischen Staat hat, weist darauf hin, dass ohne diese Abschreibungen anstatt eines operativen Verlusts von gut 100 Mill. Euro ein Gewinn von knapp 700 Mill. Euro zu verzeichnen gewesen wäre. Diese Abschreibungen haben das Defizit erhöht und führen dazu, dass der Bruttoschuldenstand in den kommenden Jahren – wenn die abzuschreibenden Anlagen fällig werden – weniger stark sinkt.

Sofern es nicht zu einem Abbruch der Auszahlungen im Rahmen des ersten Griechenlandpakets kommt, dürfte Ende 2012 der Bruttoschuldenstand durch dieses um insgesamt 21,3 Mrd. Euro und durch die Maßnahmen für Portugal und Irland um ca. 12,5 Mrd. Euro erhöht sein. Durch den im Zuge der Beschlüsse vom Herbst 2011 anstehenden Forderungsverzicht der privaten Gläubiger ist damit zu rechnen, dass die Finanzinstitute, u.a. die „Bad Banks“, die zum öffentlichen Sektor gezählt werden, erneut Abschreibungen auf ihre Forderungen an den griechischen Staat vornehmen müssen. Die daraus resultierende Belastung dürfte im einstelligen Milliardenbereich liegen und wiederum wird vor allem das Defizit erhöht. Der Bruttoschuldenstand 2012 ist nur in dem Maße tangiert, wie der Forderungsverzicht Forderungen betrifft, die in diesem Jahr fällig werden. Durch den Forderungsverzicht dürften zudem Mindereinnahmen bei Gewinnsteuern entstehen, die sowohl das Defizit erhöhen als auch den Bruttoschuldenstand gleichermaßen. Ferner ist damit zu rechnen, dass im Rahmen des EFSF ein zweites Griechenlandpaket inklusive eine Rekapitalisierung des griechischen Bankensektors auf den Weg gebracht wird und eventuell weitere Länder den Rettungsschirm in Anspruch nehmen, z.B. um Mittel für eine nationale Bankenrekapitalisierung zu heben. Wir gehen nicht davon aus, dass weitere Schuldenschnitte erfolgen werden.

Nach einem Schuldenschnitt für Griechenland ist es zudem sehr wahrscheinlich, dass weitere Mittel der EFSF von verschiedenen Mitgliedsländern in Anspruch genommen werden, um die jeweiligen Banken zu rekapitalisieren. Außerdem ist damit zu rechnen, dass im Verlauf des Jahres 2012 Mittel aus dem zweiten Rettungspaket für Griechenland, das vorwiegend über die EFSF abgewickelt werden dürfte, den Schuldenstand belasten werden. Bezüglich des zweiten Griechenlandpakets kann angenommen werden, dass es trotz eines Schuldenschnitts in Anspruch genommen wird; schließlich wird Griechenland wohl auf absehbare Zeit nicht an die Kapitalmärkte zurückkehren. Da die Forderungen der Altschuldner merklich reduziert sein werden, wird es eventuell aber nicht in der vollen Höhe genutzt werden müssen. Ende des Jahres 2012 dürften die bereits beschlossenen Maßnahmen den deutschen Bruttoschuldenstand in einer Größenordnung zwischen 30 und 60 Mrd. Euro erhöhen und in den dann folgenden Jahren wird dieser Beitrag weiter ansteigen, zum einen, weil die bisherigen Bürgschaften Kredite mit relativ langen Laufzeiten absichern, also nicht zügig abschmelzen, und zum anderen, weil 2013 und 2014 vermutlich weitere Auszahlungen aus dem zweiten Griechenlandpaket anstehen. Zudem werden ab 2012 bis 2015 die Einlagen für den ESM fällig (rund 4 Mrd. Euro pro Jahr). Es bleibt zu erwähnen, dass in diesen Zahlen ausschließlich Bürgschaften über die EFSF und das erste Rettungspaket für Griechenland eine Rolle spielen. Die Risiken, die internationale Organisationen, wie die EU, eingegangen sind und für die Deutschland letztlich haften muss, sind nicht schuldenstandswirksam.